

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübchnappel und Tirschheim.

Er erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 RM. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 RM. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechs-spaltige Grundzeile wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreizehnpaltige Zeile 1,75, für auswärts 2,00 RM. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortshäfen. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr. 53

Freitag, den 4. März 1921

71. Jahrgang.

Auslands-Spende.

Alle diejenigen, die in die Liste der Bedürftigen für die Auslands-Spende aufgenommen worden sind, wollen sich am Montag vormittag von 9-12 Uhr im Unterstuhlsamt zur Empfangnahme der Spende einfinden, und zwar die mit den Anfangsbuchstaben von A-G von 9-10, von 10-11 H-O, von 11-12 Uhr P-Z. Um Einhaltung der Reihenfolge wird gebeten. Lichtenstein-Callnberg, am 4. März 1921.

Der Stadtrat.
— Amerikahilfe. —

Milchbezahlung betr.

Infolge der am 7. März eintretenden Milchpreisverhöhung kann die Bezahlung erst am Montag abzuholende Milch ist in der Milchstraße zu bezahlen und zwar gegen Vorlegung des letzten Abschnittes.

Städt. Lebensmittelamt.

Für einen 11-jährigen Knaben wird eine Pflege-stelle gesucht. Meldungen erbeten an die Ratskanzlei Lichtenstein-Callnberg.

Kurze wichtige Nachrichten.

Nach Mitteilungen der Kommission für die Wiedergutmachung nach Teutland vor dem 1. April 1921 an Warschau, nach dem Wert von 12 Milliarden Goldmark berechnen. Teutland hat demnach diesen Betrag bereits bezahlt in Gold.

Der Reichs-Vorstand des Reichstages beabsichtigt in seiner nächsten Sitzung in der Sommerpause in Eisenberg, am 12. März, seinen Sitzungen mit der Teilnahme des Abg. Engelberger für diesen Fall anzunehmen. Der Beschl. wurde mit 4 Stimmen gefasst.

Wiener Mitteil. melden aus Paris: Rube Weiss erzählt, daß über die Elmalei-Immigrationsfrage nach Polen seither werden, und bemerkt, Minister Dr. Brügel habe sich gelegentlich der Pariser Verhandlungen mit dem polnischen Minister Nizetka verhandelt, daß die schwebende Immigrationsfrage die Ursache von Schwierigkeiten für die polnische Armee nicht überhand nehmen würde.

Im Hamburger Fernschiffhafen löst der englische Dampfer „Cranie River“ eine Miststimmung. Am 1. März hat er 19,5 t Mist geladen, dessen Abfuhr auf die Erde gestrichelt ist. Dies ist der dritte Fall eines demontierten Dampfers, wie solche aus anderen Häfen schon verschiedentlich gemeldet worden sind.

Wie aus Helmsingen gemeldet wird, ist es der Sowjet-Regierung gelungen, den Handel in Petersburg zu unterbinden. Antriebskraft sind hauptsächlich die Eisenbahnen.

Im amerikanischen Senat wurde gestern in einer siebenstündigen Sitzung der Beschl. gefasst, sich mit Großbritannien und Japan ins Einvernehmen zu setzen, um Verhandlungen wegen der Beschränkungen der Ausfuhr von Zinn zu eröffnen.

Präsident Wilson nahm gestern von seinen bisherigen Mitarbeitern mit einer kurzen Ansprache Abschied, in der er ausführt, daß Amerika es nicht vermeiden konnte, am Weltkrieg teilzunehmen und daß der Augenblick zum Eintritt in den Weltkrieg richtig gewesen sei. Dies sei nur dadurch möglich gewesen, daß sich die Regierung auf die orientalische Meinung des ganzen amerikanischen Volkes stützen konnte.

Reichswehrsoldat und Polit.

Ausprache im Wehrausschuß. — Die Meinung des Wehrministeriums.

Berlin, 2. März. Der Wehrausschuß des Reichstages legte heute die Beratung des Wehrgesetzes bei Paragraph 34 fort, der den Angehörigen der Wehrmacht verbietet, sich innerhalb des Dienstbereiches politisch zu betätigen und an politischen Versammlungen teilzunehmen. Gegenüber einem sozialdemokratischen Redner vertrat Abg. Haase (Dem.) die Anschauung, daß eine politische Bearbeitung und gespaltene Truppe eine große Gefahr wäre, weshalb man nicht ohne weiteres auf den Paragraphen 34 verzichten könne.

Reichswehrminister Geßler betonte, wenn es nicht gelinge, die Reichswehr als unpolitisches Instrument in der Hand der Regierung zu behalten, so würde die Allgemeinheit den Schaden davon haben. Die Soldaten seien er nicht als stumme Masse an, die lustlos abgehoben werden könne, aber das Heer dürfe nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Der Minister verwies auf einen Erlaß

Ultimatum an Deutschland.

London, 3. März. Durch Lloyd George wurde heute mittag der deutschen Delegation in einer Konferenz ein Ultimatum übergeben.

Die Note heißt zunächst, daß ihr Inhalt im vollen Einverständnis aller Alliierten ausgearbeitet worden ist. Sie erklärt sodann, daß die deutschen Gegenanträge nicht geeignet sind, einer Prüfung unterzogen zu werden und sie stellt dann die zahlreichen Bedingungen des Pariser Vertrages fest, die die Deutschen bejahen haben über die Reparationen, über die Entschädigung, über die Zahlung von 20 Milliarden in Gold vor dem 1. Mai und über die Abtretung Deutschlands, das Pariser Abkommen zu unterzeichnen und die bis jetzt eingegangenen Verpflichtungen auszuführen, die Aushebung der Konventionen und Verträge zur Folge haben wird, die Deutschland auf den Konferenzen von London, Spa usw. eingegangen sind.

Lloyd George teilte sodann den deutschen Delegierten im Namen der Alliierten mit, daß, wenn Deutschland bis spätestens Montag die Bedingungen der Pariser Konferenz nicht unterzeichnet haben wird, folgende Maßnahmen getroffen werden:

1. Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf;
2. Taxierung des Verkehrsverkehrs der deutschen Waren;
3. Errichtung eines Zollsystems am Rhein unter der Kontrolle der Alliierten;
4. Wenn Deutschland dagegen bis Montag die Pariser Bedingungen annehmen und unterzeichnen haben wird, so wird ihm gütlich, Gegenanträge zu unterbreiten, die sich schon vor der Unterzeichnung der Pariser Bedingungen befinden. Wenn Deutschland die im Pariser Abkommen festgesetzten Höhe der Entschädigungsumme nicht festgelegt werden.

Reichsminister Dr. Simons

entgegnete, die Rede des Herrn Lloyd George würde mit der Sorgfalt geprüft werden, die ihrem Umfange und ihrer Bedeutung entspricht. Die Delegation werde die Antwort bis Montag mittag erteilen. Im morgigen Tage Dr. Simons dagegen Verwahrung ein, daß Herr Lloyd George die Ansicht der deutschen Regierung unrichtig darstelle, und darauf, daß über die von den Alliierten angebotenen Gegenanträge nach Anlaß der deutschen Regierung Montag vorliege.

Veranstaltungen in Berlin.

Berlin, 3. März. Das deutsche Kabinett hat heute abend die Mitteilung zur Kenntnis genommen, worin ein eingehender Bericht Simons' abwarfen und morgen dazu Stellung nehmen.

Die Franzosen geben den Ausschlag.

Rotterdam, 3. März. Die Niederländische Agentur meldet aus London: In der Beratung der englischen Zwangsmaßnahmen haben die Franzosen den Ausschlag gegeben. Sie gaben für die Anwendung von Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland gestimmt, jedoch nicht vor dem 1. Mai.

Rotterdam, 3. März. Der „Telegraph“ meldet aus London: Am Mittwoch hat Frankreich das Mandat für die militärischen Zwangsmaßnahmen in Deutschland erhalten. Marshall Foch reist morgen nach Paris zurück. Das Mandat enthält noch keine Zeitangabe, wenn die Zwangsmaßnahmen beginnen sollen.

Ein: Frühverlängerung?

Paris, 3. März. Der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“ in London berichtet heute vormittag, wenn Dr.

des Generals von Seede, der in der Reichswehr eine Truppe haben wolle, die dem Wiederaufbau dient und den Kulturbewegungen von links oder rechts in den Weg tritt. In diesem Sinne soll die Wehr in staatsbürgerlichem Sinne gelehrt werden. An den Vorträgen waren jetzt noch Angehörige aller politischen Richtungen beteiligt. Personal hat der Minister an sich nichts dagegen, daß die Angehörigen der Wehrmacht an politischen Versammlungen teilnehmen. Untrüglich aber wäre es ihm, wenn Soldaten in Uniform an politischen Versammlungen erscheinen und dort am Ende

Simons sich mit den anderen Mitgliedern des Ministeriums wegen neuer Instruktionen in Verbindung setzen wolle, und wenn er hierfür eine Frist verlange, würden ihm zweifelsohne die Alliierten eine so kurz wie möglich gehaltene Frist bewilligen.

Was wird nun?

Die Entente hat uns nach der von Lloyd George — wie es heißt, in ziemlich scharfer Tonart — erteilten Ablehnung bis Montag Zeit gegeben, das Pariser Abkommen in der bekannten furchtbaren Höhe anzunehmen, gütlichfalls unter Gewährung von etwas erträglicheren Zahlungsbedingungen. Damit ist das Londoner Kärtel gestrichelt. Zwar hat die Regierung äußerste Festigkeit verproben, hat erklärt, daß die von ihr vorgeschlagenen Zahlen das höchste darstellten, das wir bewilligen können, aber wird sie die Kraft zu dem Entschluß aufbringen, nun tumbweg abzulehnen? Es ist nach den in Versailles und Spa gemachten Erfahrungen schwer, daran zu glauben! Schon heißt es in einem Londoner Stimmungsbild eines deutschen Pressevertreter, der über die Auffassung der deutschen Delegierten unterrichtet sein dürfte, das deutsche Volk müsse trotz des bitteren Ernstes der Lage damit rechnen, daß das letzte Wort dort bereits noch nicht gesprochen ist. Das heißt ja: wir werden zwar versuchen, das Kerger herauszuholen, aber schließlich doch nachgeben. Sollte sich dieser Eindruck, der auch durch verschiedene andere Umstände erweckt wird, bestätigen, so müßte man den Schachjäger der Entente bewundern, die alles Gerede von „Scheitern“, „Schwäche“, was da wolle“ usw. für Humus und Lächerlichkeit hinstellt. Vorläufig werden wir noch nicht hoffen, daß es auch so kommt, es wäre unbillig zu erwarten. Ein großer Teil der deutschen Zwangsmaßnahmen hat beinahe die Befriedigung, zu denen wir uns in den Gegenanträgen erbieten, schon fast über die hoch und gütlich unaussprechbar gehalten. Was erit, wenn darüber hinaus nun trotz allem die Pariser Beschlüsse angenommen werden? Wir vermögen es kaum zu glauben. Jahrzehnte, vielleicht jahrhundertelange Sklaverei wäre das Schicksal des deutschen Volkes; denn man muß sich hüten, zu glauben, daß nach 30 oder 42 Jahren alles wieder gut ist. Die uns auferlegten Bedingungen können kein befehligen Willen nicht erfüllt werden, und die Folge davon ist, daß nach 10, 20, 30 Jahren für Nichterhaltung der unerschrockenen Verpflichtungen immer neue Jugendarbeit eingezogen und Strafen erhöht werden. Es gibt nur ein Mittel, das dem deutschen Volke drohende Sklaverei abzuwenden: das ist die zeitliche Tat. In einer solchen Tat ist die Möglichkeit geboten, als wir ablehnen konnten, nach London zu gehen. Vielleicht haben wir jetzt noch eine zweite Gelegenheit, wenn wir darauf verzichten, am Montag wiederzukommen. Was dann folgen würde, mag vielleicht eine Zeitlang schmerzhaft zu tragen sein, aber es wäre der erste Schritt zur Wiedererlangung der deutschen Freiheit. Laß dieser Schritt unversehrt gelinden nicht sein, nicht sein. Sie hätten sonst längst die jetzt angebotenen Strafmaßnahmen zur Tat gemacht. Ein Grund waren Leute wie Lloyd George und Brand nicht verlegen gewesen. Wenn sie es trotzdem nicht getan haben, so zeigt uns diese Unterlassung am alldeutlichsten, daß ihnen andere Unterstützung unter dem Pariser Diktat lieber ist als der Vormarsch.

In die er dem „Ch. Tgbl.“ entnommenen Beurteilung der gegenwertigen ersten Lage sind die meisten deutschen Blätter einig. Sie verlangen ein zeitliches Nein oder gar keine Antwort auf das Ultimatum.

gar Reden hielten, die sich gegen die Verfassung wendeten. Von Soldaten und Offizieren muß Jurisdiktion verlangt werden, damit der Truppe das allgemeine Vertrauen erhalten bleibt und sie ihre Pflicht fürs Vaterland erfüllen kann. Offiziere und Mannschaften sollen in Bezug auf politische Betätigung gleich behandelt werden.

Abg. Kaddbruch (Soz.) begründete einen Antrag, nach dem sich die Ausbildung der Soldaten auf ihre staatsbürgerlichen und völkerrrechtlichen Verpflichtungen in Krieg und Frieden erstrecken soll.

Lamm.
Uhr
on
wen
am!

Posten
traumeltester
off
10 Mark
geeignet zur
Gabe von Klei-
nen, Rücken,
Vorhängen
sch gut als
Verwendbar

essel
reit, schöne
M. 9,75 im
Spezialgeschäft
Colditz,
Callnberg
straße 1.

ware
(maschine) wird
Semmler.

chtig
Daselbe
vorragenden
wird von
rd mit etwas
ank geöffnet.
gungsmache.
en:
Umgebung.
Büge.

